Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.16. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–2, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hauptstr. 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Kommunal- und Privatanzeigen aus dem Landgerichtsbezirk Dresden 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.

Fernsprechstelle Nr. 11

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1892.

G. H. Rohfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/28 Altst. König-Johannstr. 15
Schutz-Marke Fabrik v. Contobüchern

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 26.

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321.
Gewähr für reine Naturweine.
Preislisten versende frei.

Oelfarben in Tuben für Kunst- und Decorationsmalerei.
Aquarellfarben trocken, halbfeucht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz".

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der sächs. Landeslotterie.

Aparte Cotillons für Privat-Bälle liefert Robert Hoffmann, Hoflieferant.

Nr. 17. Spiegel: Preußische Volksschulvorlage. Hofnachrichten. Dresdner Personenbahnhofprojekt. Buchdruckerstreik. Bogenschützengesellschaft. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Casino-Concert. Kammermusik-Abend. | **Sonntag, 17. Januar.**

Politik,

bearbeitet von Dr. Paul Liman in Dresden.

Kaum ist der dritte große Reformentwurf, mit welchem der neue Curs die gesetzgeberische Laufbahn in Preußen zu betreten erklärte, in seinen Grundzügen bekannt geworden, so erhebt sich ein Summen und Brummen im deutschen Blätterwalde, Wespen und Hornisse bereiten ihre Stachel und schicken sich an, auf den Gegner loszufahren. Als durch die neue Landgemeindeordnung das konservative Gefüge der ländlichen Organisationen durchbrochen wurde, war es die Rechte, welche theilweise mit voller Energie theilweise mit einer durch höfische Rücksichten gelähmten Ueberzeugungstreue gegen die Regierung und ihre Maßnahmen zu Felde zog. Die konservativen Parteien fanden sich alsdann durch gesetzgeberische Akte im Reiche mehr und mehr in die Opposition gedrängt, da sie in ihrer Mehrzahl sich nicht bis zu der Rückgratlosigkeit der Leipziger Muhme herabzuschwingen vermochten, und mehr und mehr zu dem Bewußtsein gelangten, daß mit einer liberal gefärbten, bureaukratischen Regierung nicht allerwegen marschirt werden könne. Die freisinnigen Blätter dagegen wurden mehr aus Schadenfreude gouvernemental, als aus Ueberzeugung; sie boten sich mit unangenehmster Beflissenheit der Regierung an, um sie in allen gegen die bisherigen Errungenschaften geführten Kämpfen mit ihrer talmudistischen Weisheit zu unterstützen. In der nationalliberalen Partei war von vornherein eine tiefe Mißstimmung bemerkbar, die nur durch die Berufung des gewandten Miquel beschwichtigt, aber nicht gehoben wurde. Einsam und mächtig steht und stand als Hort des Systems das Centrum mit seinen theuren Freunden, den Polen, Elsässern und den Welfen. Denn jetzt fühlen sich plötzlich die Liberalen auf der ganzen Linie bedroht und es herrscht eitel Jammer und Wehklagen bei den Männern um Bamberger. Der Grund für das neuerdings wahrnehmbare, graue Elend liegt in dem jetzt veröffentlichten Schulgesetz und rührend ist es, wie die Weisheit der Gescheidtesten unter den Gescheidten sich selbst für bankerott erklärt, indem sie sich zu dem Klagerufe emporrafft: „Da möchte man wirklich wünschen, Fürst Bismarck kehre zurück." Wenn nun auch für Sachsen die ganze Geschichte kein allernächstes Interesse besitzt, so liegt doch Preußen nahe genug, um eine Rückwirkung auch bei uns zu Lande als möglich erscheinen zu lassen. Vor Allem aber müssen die gesetzgeberischen Maßnahmen Preußens ein allgemeines, politisches Interesse besitzen, weil es Geist von demselben Geiste, Fleisch von demselben Fleische ist, mit dem wir auch in Sachen des Reiches zu rechnen haben.

Eine leidenschaftslose Betrachtung der preußischen Volksschulvorlage wird nicht von vornherein zu dem Resultate gelangen können, daß dieselbe in ihrer Gesammtheit gelungen oder mißrathen sei. Dazu schwingt man sich höchstens in Leipzig und auch da nur an einer einzigen Stelle auf. Man wird vielmehr Mancherlei finden, was durchaus gebilligt werden muß, wird jedoch andererseits auch mancherlei Grund zu gewichtigen Ausstellungen entdecken, und aus der Abmessung der Vor- und Nachtheile sich die endgiltige Entscheidung vorbehalten müssen. Ein Vorzug des Zedlitz'schen Entwurfes springt von vornherein in die Augen; er will die Betonung des erziehlichen Momentes der Religionslehre in eine Reihe von Bestimmungen umsetzen, die den konfessionellen Charakter der Volksschule zum unmittelbaren Ausdruck bringen. Die Simultanschulen haben sich nirgends als eine Einrichtung erwiesen, die segensreich wirken konnte. Der Ueberhandnahme von Lehrern, die auf Grund oberflächlicher Lektüre populärwissenschaftlicher Werke die Grundsätze der christlichen Lehre nicht anerkannten und demgemäß in ihren Unterrichtsstunden jenen negirenden Geist züchteten, auf dem der Unglaube wucherisch emporschießt, mußte in irgend welcher Weise ein Riegel vorgeschoben werden. Glücklicherweise ist Preußen ein christlicher Staat und hat als solcher ein Recht, auch auf christliche Schulen zu halten. Daß nun aber gerade diejenigen Paragraphen der Vorlage, welche diesem Ziele zustreben, von vornherein das ganze Wehgeschrei Israels und seiner Presse hervorrufen, wird nicht in Staunen versetzen. Diesen Leuten, aber nicht uns, mag es ein Dorn im Auge sein, daß für mehrere konfessionelle Schulen zugleich wie für jede einzelne derselben Vorstände der gleichen Religionsgemeinschaft eingesetzt werden sollen, die bei der Anstellung der Lehrer, bei Aufstellung der Lehrpläne, bei den Prüfungen ein Wörtlein mitzusprechen haben. Nach Ansicht gewisser Kreise halten sich die Dinge, namentlich in Berlin und anderen Großstädten, schon so hübsch entwickelt, daß man über kurz oder lang auf eine vollständige Entchristlichung der deutschen Volksschulen rechnen zu können glaubte. Die bekannt gewordenen Angaben über die Zahlen der mosaischen Volkserzieher in der Reichshauptstadt und anderwärts geben genügenden Ausweis über die Gründe des freisinnigen Zetergeschreies. Daher wohl auch der Kummer über die Bestimmung, daß, wenn die Zahl der Schulkinder in einer Anstalt anderer Konfession die Zahl sechzig übersteigt, für diese eine besondere konfessionelle Schule errichtet werden „muß", bei der Zahl dreißig aber schon errichtet werden „kann". Es ist dies für jeden ernsten Menschen ein Grundsatz, dessen Uebertragung auch auf das Gebiet der höheren Lehranstalten, namentlich der Töchterschulen, nicht dringend genug befürwortet werden kann. Allerdings würde dann wieder über konfessionelle Unduldsamkeit gewimmert werden, aber es dürfte doch kaum zu leugnen sein, daß gerade die Unterbringung der Jugend nach Konfessionen die Kräftigung derselben herbeiführen und hiermit einen Beweis trefflichster Fürsorge liefern würde. Eine Konsequenz der hier angedeuteten Bestimmungen liegt auch darin, daß der Volksschullehrer in Zukunft sich über genügende Leistungen im Religionsunterricht auszuweisen haben soll. Denn der in religiösen Dingen gleichgiltige Lehrer wird seine Weltanschauung absichtlich oder unabsichtlich auch in anderen Lehrstücken zum Ausdruck bringen und den Samen des religiösen Unglaubens, sei es im Geschichtsunterricht, sei es in der Naturlehre, in die Herzen der Kinder senken. Gerade heute, wo auf Grund einer mammonistischen Weltanschauung Oede und Unfruchtbarkeit in den Herzen entsteht, ist es doppelt nothwendig, daß dem Vater wieder die Möglichkeit geboten werden soll, seinem Kinde eine christliche Erziehung und damit die Möglichkeit zu schaffen, den Stürmen des Daseins den tiefen Schatz einer christlichen Weltauffassung entgegenzustellen. Christenthum und Deutschthum sind in ihren tiefsten Gründen identisch, ihre Wurzeln ruhen in der Reinheit des Herzens und in der Keuschheit des Gefühls. Die Sicherung des christlichen Charakters der Volksschule, die wir als ein Ziel des neuen preußischen Entwurfes ansehen, kann man nur mit Freude begrüßen; es ist ein Grundsatz hierbei zum Durchbruch gelangt, der in Wahrheit dazu dienen wird, die Frage der sozialen und politischen Zukunft zu erhellen. Die bewußten Kämpfer gegen diesen Grundsatz wissen es genau: Nationen, die in den Abgrund der Irreligiosität gestürzt werden, können nicht anders als anarchisch sein. Eine Zeitlang mag ihre Neigung zum Sprengen der gesellschaftlichen Bande mit fester, gewaltiamer Hand niedergehalten werden, allein dies wäre nur ein Ankämpfen, keine Heilung. Die soziale Fäulniß würde ihren Fortgang nehmen, sich immer tiefer und tiefer Bahn brechen, bis sie auch diejenigen Einrichtungen ergreift, auf die man sich stützt, um ihr Einhalt zu thun.

Beurtheilt man den neuen Entwurf für die preußischen Volksschulen nach der praktischen Seite hin, so wird man mancherlei Vorzüge desselben finden, die sich namentlich in der Einreihung des Lehrers in den Schulvorstand, in der Sicherung seiner Besoldung, in der Aufstellung eines Minimalgehaltes und in der Festsetzung von bestimmten Alterszulagen ausprägen; andererseits aber wird man auch gewisse nachhaltige Bedenken nicht zurückhalten dürfen. Diese Bedenken finden ihre Wurzel bereits in der Geschichte des Entwurfs. Als derselbe in seiner ersten Gestalt durch Herrn von Goßler vorgelegt wurde, da scheiterte er an der Opposition des Centrums, das damals noch unter der Führung Windthorst's stand, und mit dem Entwurf scheiterte auch sein Urheber Goßler, dessen Opferung die letzte Freude des kleinen Welfen bildete. Der neue Entwurf wird an dem Widerspruch des Centrums sicherlich nicht scheitern, und es ist nicht schwer, den Grund der günstigen Auffassung in gewissen Festsetzungen zu finden, die den Klerikalen jedenfalls eitel Freude bereiten. Man dürfte nicht irren in der Annahme, daß diese Freude ihren Quell in den Bestimmungen über die Errichtung von Privatschulen findet. Nach dem jetzigen Entwurf steht es Jedem, der eine entsprechende Prüfung bestanden hat, frei, Unterrichtsanstalten zu gründen. Damit ist die älteste und bedeutsamste Forderung des Centrums erfüllt, denn damit ist die Möglichkeit geschaffen, den Staatsschulen eine wirksame Konkurrenz durch klerikale, von Ordensgeistlichen geleitete Privatschulen zu schaffen. Da gerade der katholische Klerus und vor Allem die Ordensgeistlichkeit über ausgiebige Mittel verfügen, da sie ferner die Macht besitzen, durch Beichte und Absolution einen ganz gewaltigen Druck auf ihre Heerde auszuüben und die Eltern zu veranlassen, ihre Kinder fortan den von ihnen geleiteten Anstalten anzuvertrauen, so wird die neue „Unterrichtsfreiheit" voraussichtlich zur Etablirung der klerikalen Zwangsschule führen, in der nicht gerade immer in einem dem modernen Staate freundlichen Sinne gewirkt werden dürfte. Kehren, wie ja wohl anzunehmen ist, die Jesuiten nach Preußen zurück, so wird die Jesuitenschule alsbald ihre Reize mächtig entfalten. Man darf in dieser Auffassung keinen Widerspruch erblicken. Denn allerdings darf man der Meinung sein, daß ein gewaltiger Unterschied besteht zwischen einer nationalen Geistlichkeit und den Bestrebungen von Orden, die ihr Haupt in Rom besitzen und von dort aus die Rezepte beziehen, nach denen sie ihr Vorgehen einzurichten haben. Es liegt hier die dringende Gefahr vor, daß der Staat den genügenden Einfluß auf die Erziehung seiner künftigen Bürger aus der Hand verliert und daß nicht der christlichen Staatsidee, sondern der päpstlichen Machtidee der Boden geebnet wird.

Telegraphische Berichte vom 16. Januar.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Die Trunksuchtsvorlage. Die zweite Etatberathung wird mit dem Extraordinarium des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Auf eine Anfrage des Abg. Fritzen (Centr.) erwiedert Geh. Rath v. Rottenburg, daß bei der bevorstehenden Weltausstellung in Chicago allerdings der für Deutschland reservirte Raum ziemlich wird gefüllt werden können. Allein die Regierung lege Werth darauf, daß die deutsche Industrie geschlossen auftrete, und da zeigten sich allerdings noch empfindliche Lücken. So habe sich beispielsweise die Sammet-, Seiden- und Lederindustrie bisher gänzlich ablehnend verhalten. Es sei dies bedauerlich, denn es handle sich für Deutschland nicht blos darum, sein Absatzgebiet in Amerika zu behaupten, sondern auch dasselbe zu vergrößern. Deutschland führe gegenwärtig jährlich für 400 Millionen Waaren nach Nordamerika aus, habe also Grund genug, sich an der Chicagoer Weltausstellung zu betheiligen. Augenscheinlich handelt es sich nur um das Wollen der Industriellen. — Ref. Abg. Singer (Soz.) bemerkt, daß man in der Kommission deswegen der Position zugestimmt habe, weil eine etwaige spätere Weltausstellung in Berlin durch Nichtbetheiligung Deutschlands an der Chicagoer Ausstellung schwer benachtheiligt werden würde. Abg. Goldschmidt (dfr.) wünscht rege Betheiligung der deutschen Industrie an der Chicagoer Ausstellung, nicht blos wegen der Rückwirkung auf eine spätere Berliner Ausstellung, sondern auch, weil es sich darum handelt, eine Scharte von früher auszuwetzen. — Abg. Dr. Witte (dfr.) tritt den Ausführungen des Regierungskommissars bei. Außer den bereits bezeichneten Industrieen sei namentlich noch die deutsche Zuckerindustrie zu nennen, die bisher noch keine Neigung gezeigt habe, sich zu betheiligen und doch gewiß allen Anlaß habe, ihre technische Vervollkommnung öffentlich darzulegen. Schuld an der bisherigen geringen Betheiligung sei allein das Gerücht, daß bedeutende Summen für die Ausstellung nöthig sein würden. Jetzt, da diese Summe (900,000 Mk.) bekannt sei, fallen diese Befürchtungen weg. — Geh. Rath von Rottenburg bemerkt, daß diese geforderte Summe nachträglich sich allerdings noch um etwas erhöhen, aber nicht über eine Million steigen dürfte. — Abg. Dr. Bachem (Centr.) bedauert die ablehnende Haltung der Crefelder Sammet- und Seidenindustrie. Ausgaben für Weltausstellungen seien nothwendige Unkosten für jede Industrie. Daß wir fürchten müßten, die Amerikaner würden von einer Berliner Ausstellung fortbleiben, glaube er nicht. Denn wo die Amerikaner verdienen können, da schmollen sie nicht. Erwägen möge die Regierung, ob nicht der Crefelder Industrie besondere Vergünstigungen geboten werden müßten, da sie sich in einer Nothlage befindet. Bleibe die Crefelder Industrie von der Weltausstellung fort, so seien dort die französischen Konkurrenten allein vertreten und würden die deutschen Fabrikate von dem amerikanischen Markte verdrängen. — Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.): Es wäre sehr bedauerlich, wenn irgend ein Industrieller aus politischen Gründen der Chicagoer Ausstellung fern bliebe. In Berlin müsse noch vor dem Jahre 1900 eine Weltausstellung stattfinden und es sei bedauerlich, daß die Regierung nur eine rein zuwartende Haltung beobachte. Eine kräftige Initiative sei erforderlich. — Abg. Dr. Liebert (Centr.) schwärmt zwar nicht für Weltausstellungen, anerkennt aber, daß die Chicagoer Ausstellung eine hochwichtige Bedeutung auch für uns haben werde. Es sei die Betheiligung an derselben deshalb eine Forderung nationaler Ehre und nationalen Interesses. — Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) bestreitet, daß die Eisenindustrie schmolle und deswegen der Ausstellung fernbliebe. Die Eisenindustrie habe einmal nichts Neues auszustellen und dann sei sie mit den Ausführungen der Arbeiterschutzbestimmungen so sehr in Anspruch genommen, daß sie für die Ausstellung keine Zeit habe und die nutzlos für eine Ausstellung aufzuwendenden Millionen lieber zu Gunsten ihrer Arbeiter verwende. — Staatssekretär v. Rottenburger: Es komme nicht auf Neues bei der Ausstellung an, sondern darauf, daß die deutsche Industrie würdig vertreten sei. — Abg. Schrader (freis.): Es handle sich für die deutsche Maschinenindustrie ganz besonders um die Eroberung des südamerikanischen Marktes. Die Eisenindustrie sei vom Reiche oft genug unterstützt worden. Jetzt werde sie sich der Forderung, auch einmal das Reich zu unterstützen, nicht entziehen können. — Die Position wird bewilligt. — Die Forderung von 40,000 Mk. zur Aufdeckung eines römischen Grenzwalles (Limes), beantragt die Kommission zu streichen. — Abg. Oechelhäuser (nat.-lib.) beantragt die Bewilligung. Nach längerer Berathung, in der die Abg. Oechelhäuser, Trötzsch (nat.-lib.), Libert (Centr.) und Virchow (freis.), sowie Geh. Rath v. Rottenburg und der württembergische Bundesbevollmächtigte Moser für die Bewilligung sprachen, während Fritzen (Centr.) den Standpunkt der Budgetkommission vertritt, wird die Forderung, entgegen dem Vorschlage der Kommission, genehmigt. — Bei der Position: Letzte Rate für den Nordostseekanal, 2 Millionen, regt Münch (freis.) an, der Reichstag möge eine gemeinsame Fahrt seiner Mitglieder nach der Arbeitsstätte des Kanals unternehmen. — Die Position wird genehmigt und der Rest des Etats der Verwaltung des Innern angenommen. — Beim Etat des Reichs-Eisenbahnamts verlangt Schrader (freis.), daß diese Behörde ausführlichere Mittheilungen über ihre Thätigkeit mache. Namentlich sei es nöthig, zu erfahren, wie sich diese Reichsbehörde stelle zu der plötzlichen Sistirung aller Tarifreformen, die nach dem Vorgange der preußischen Staatsbahnen jetzt überall in Deutschland Platz greife. — Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Schultz: Das Reichs-Eisenbahnamt wirke theils als Verwaltungs-, theils als Aufsichtsbehörde. In ersterer Beziehung ist ihre Thätigkeit eine nicht öffentliche. Ihre Aufsichtsthätigkeit wird öffentlich dargelegt. Die Wünsche des Vorredners in Bezug auf die Tarifreform gehörten vorläufig vor die Parlamente der Einzelstaaten; hier könnten sie erschöpfend nicht erörtert werden. — Abg. Graf Kanitz (kons.) hält die zu weitgehende Tarifirung für einen Fehler. Der Zonentarif habe in Ungarn keineswegs so günstige Erfolge gehabt, wie seine Anhänger schildern. Auch die Gütertarife sind u. A. zu sehr ermäßigt. Man wartet auf die nothwendige Erhöhung dieser Tarife und Anderes, um dann auch in anderen Staaten mit der Erhöhung vorzugehen. Der preußischen Staatsbahnverwaltung könne man einen Vorwurf wegen mangelhafter Instandhaltung der Bahnen nicht machen. Die Unfälle haben ganz andere Ursachen, als mangelnde Betriebssicherheit. — Abg. Schrader (freis.) wünscht, daß der fiskalische Gesichtspunkt für die Verwaltung der Bahnen in Preußen nicht der allein maßgebende werden möchte. Der Vervollständigung des Betriebsmaterials müsse mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. — Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Schultz erwiedert, daß nach den vorliegenden Uebersichten diese Nothwendigkeit voll berücksichtigt sei. Vorkommender Wagenmangel werde nicht durch Mangel an Betriebsmaterial, sondern viel öfterer durch die Witterungsverhältnisse verursacht. — Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) bedauert, daß die Eisenbahntarifgestaltung der Bahnen von den Staatsfinanzen abhängig gemacht werden soll. Bei Verstaatlichung der Bahnen sei regierungsseitig stets versichert worden, die Ueberschüsse der Bahnen sollten nur für die Bahnen verwendet werden. Schließlich bittet Redner, das Reichs-Eisenbahnamt möge sich für die baldige Ausarbeitung eines Reichseisenbahngesetzes bemühen. — Abg. Schrader (freis.) schließt sich diesem Wunsche an. Das Aufsichtsrecht des Eisenbahnamts dürfe kein bloses papiernes sein. Der Etat des Reichs-Eisenbahnamts wird angenommen. — Montag Postetat.

* **Berlin.** Das dem Reichstage zugegangene Trunksuchtsgesetz entspricht im Wesentlichen dem bekannten Entwurfe, doch sind die landesrechtlichen Befugnisse erweitert.

Berlin. In Vertretung des Kaisers begiebt sich Prinz Friedrich Leopold zur Beisetzungsfeier des Herzogs von Clarence nach London. Die Beisetzungsfeier findet am Mittwoch in Windsor statt. — Beim Reichskanzler findet am Freitag ein parlamentarisches Essen statt, an dem auch der Kaiser theilnimmt. Der deutsche Handelstag erklärte seine Zustimmung im Prinzip zu dem Gesetzentwurf betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht. — Staatssekretär v. Bötticher, der an der Influenza erkrankt ist, fühlte sich heute besser und konnte das Bett verlassen. — Das kaiserliche Gesundheitsamt veröffentlicht Beobachtungen über das Auftreten der Influenza im Jahre 1891. Darnach wurden einige Städte im Norden und Osten besonders stark ergriffen, doch entsprach das Auftreten der Krankheit in den letzten Monaten weder an Ausdehnung noch an Heftigkeit dem Auftreten der Seuche vor zwei Jahren. Aeltere Leute haben diesmal allerdings mehr gelitten als vor zwei Jahren.

Augsburg. Der Verein der süddeutschen Baumwollen-Industriellen richtete an den Reichstag eine Eingabe um Abänder-

„Hotel Fürst Bismarck."
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 9.